



WIRTSCHAFTS  
UNIVERSITÄT  
WIEN VIENNA  
UNIVERSITY OF  
ECONOMICS  
AND BUSINESS

Univ.Prof. Dr. Michael Holoubek

Institut für Österreichisches und Europäisches  
Öffentliches Recht (IOER)



# **„Österreichischer Bestandsschutz im Lichte der Grundrechte-Charta“**

07. Juni 2016

# Inhaltsübersicht

I. Europäische Grundrechte – Art 6 EUV

II. Die Europäische Grundrechte-Charta (GRC)

➡ Inhalt

➡ System

III. GRC-Rechte als „verfassungsgesetzlich gewährleistete Rechte“

IV. Strukturfragen zu Art 30 GRC

V. Resümee


# I. Europäische Grundrechte – Art 6 EUV


Rechtsverbindliche  
GRC im Rang von  
Primärrecht

Beitritt der Union  
zur EMRK?

Allgemeine  
Rechtsgrundsätze

## II. GRC – Entwicklung

- 
- Grundrechtskonvent ⇒ 2000 Proklamation von Nizza

- 
- Verfassungskonvent ⇒ Teil II des Verfassungsvertrags

- 
- Vertrag von Lissabon ⇒ GRC rechtsverbindlich „gleichrangig zu den Verträgen“ gemäß Art 6 Abs 1 EUV



Verbindlicher „Grundrechtsaquis“



Europäische Werteordnung

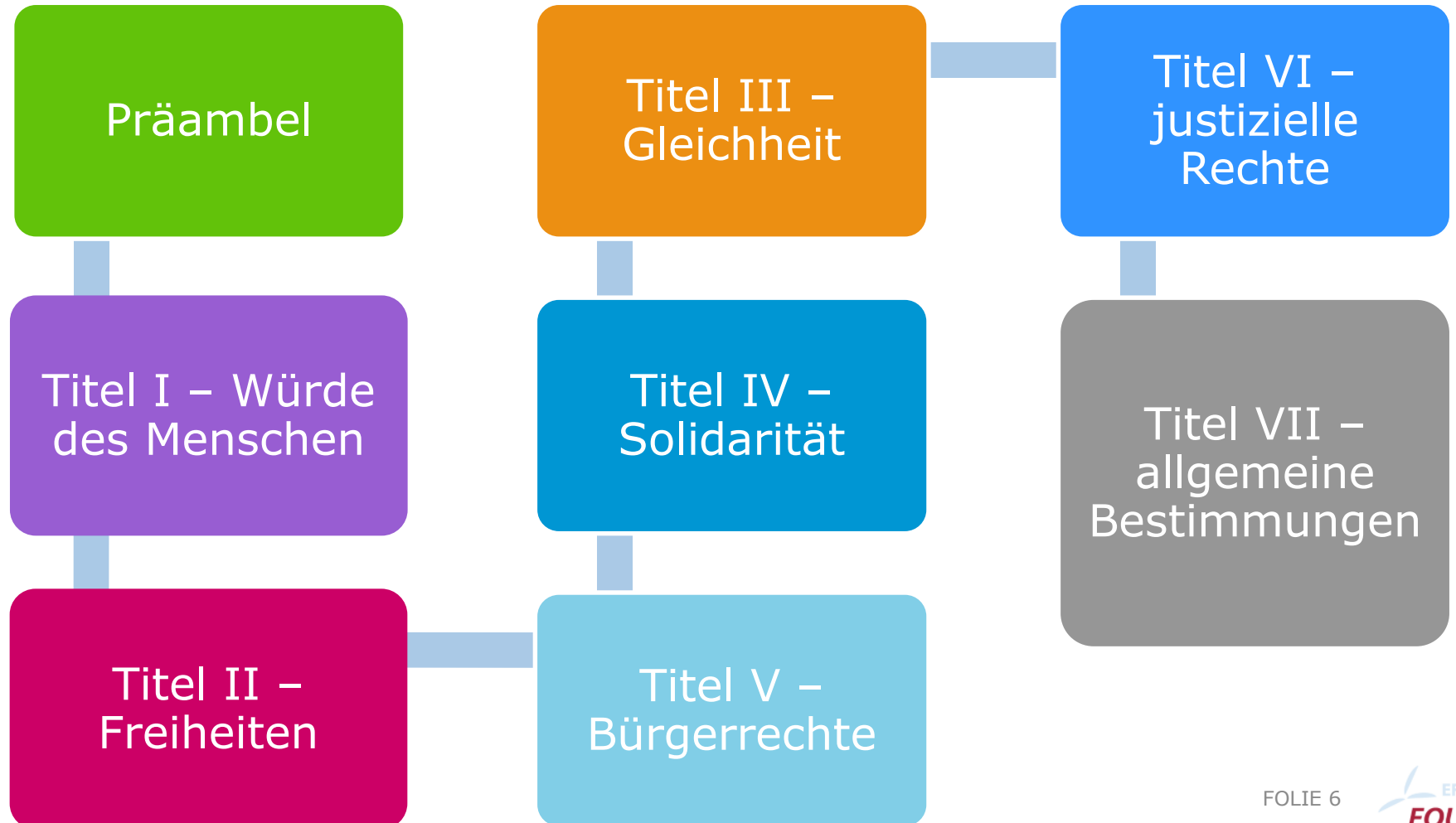


Politische Erklärung



**„respect,  
protect,  
fulfil“**

# GRC – System I



## Die GRC verbürgt:

### die Rechte der EMRK

→ nach Maßgabe des EGMR (Art 51 Abs 3 GRC) und mindestens auf deren Schutzniveau (Art 53 GRC)

### Rechte und Grundsätze aus bisherigen Verträgen

→ zB Daseinsvorsorge, Umwelt- und Verbraucherschutz

### „erweiterte“ Konventionsrechte:

→ Art 6 und 13 EMRK ⇒ Art 47, 48 GRC

### „neue Rechte“

→ soziale Grundrechte: Dreisäulenmodell der Solidarität  
Präambel, Titel IV, „Öffnungsklausel“ für „einzelstaatliche Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten“

→ Neue Rechte: zB Art 41 „Recht auf eine gute Verwaltung, Art 1: „Würde des Menschen“

# III. GRC – Rechte als verfassungsgesetzlich gewährleistete Rechte

- VfGH modifiziert seine Rechtsprechung dahingehend, dass
    - die „*Rechte*“ der GRC (anders als sonstiges Primärrecht und anders als „*Grundsätze*“)
    - im Anwendungsbereich der GRC (Art 51 Abs 1 GRC)
    - einen Prüfungsmaßstab
      - als verfassungsgesetzlich gewährleistete Rechte und
      - in Normenkontrollverfahren (Art 139/140 B-VG)
- bilden (VfSlg 19.632/2012, 19.865/2014)



# IV. Strukturfragen von Art 30 GRC

## Schutz bei ungerechtfertigter Entlassung

*„Jede Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer hat nach dem Unionsrecht und den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten Anspruch auf Schutz vor ungerechtfertigter Entlassung.“*

Erläuterungen: dieser Artikel lehnt sich an Art 24 der revidierten Sozial-Charta (RESC) an.

1. Rechte und Grundsätze
2. Anwendungsbereich
3. Schutzbereich und Schrankenklausel

# 1. Rechte und Grundsätze

Die GRC unterscheidet:

## Rechte

Rechte nach Maßgabe des Unionsrechts und/oder der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten

## Grundsätze

„anerkennt und achtet“ (zB Art 36 – Zugang zu Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse)

# 1. VfGH – „Formulierung und Bestimmtheit“

- GRC – Rechte sind verfassungsgesetzlich gewährleistete Rechte,

*„die in ihrer Formulierung und Bestimmtheit verfassungsgesetzlich gewährleisteten Rechten der österreichischen Bundesverfassung gleich[en], mithin keine völlig unterschiedliche normative Struktur als diese aufweis[en]“ (VfGH, 5.3.2015, B 533/2013)*

# 1. Die Struktur sozialer Grundrechte

- Konkrete Bestimmung des Schutzbereichs
    - Abwehrrechte
    - Gleichheitsrechte
    - „Ansprüche“
- ➡ grundrechtliche Gewährleistungspflichten des Gesetzgebers

# 1. Art 30 GRC

- „Anspruch auf...“
  - „... Schutz vor ungerechtfertigter Entlassung“
  - „nach dem Unionsrecht und den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten“
- ➡ Kompetenzfrage
- ➡ „Ausgestaltungsgrundrechte“

## 2. Anwendungsbereich I

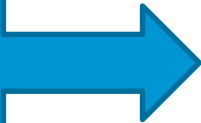
- Unionsrecht regelt „Bestandsschutz“ nur punktuell durch spezielle Kündigungsverbote
  - wegen eines Betriebsübergangs (Art 4 RL 2001/23 EWG);
  - wegen Mutterschaft (Art 10 RL 92/85/EWG);
  - wegen eines Elternurlaubs (§ 5 Z 4 RL 2010/18/EU);
  - wegen der Weigerung in Teilzeit zu arbeiten (§ 5 Z 2 RL 97/81/EG);
  - wegen eines Verhaltens, das dem Arbeitsschutz dient (Art 8, 11 RL 89/391/EWG) und
- allgemein durch Schutz vor Kündigung aus einem diskriminierenden Grund (zB RL 2006/54 EG und 2000/78/EG).
- RL zu Massenentlassungen (RL 98/59/EG): Verfahrensvorschriften



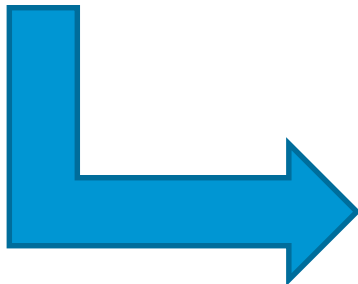
These: „implizite“ Regelung des allgemeinen Kündigungsschutzes?

## 2. Anwendungsbereich II

Art 51 Abs 1  
Satz 1 GRC



die „Charta gilt für die Organe ... der Union ... und für die Mitgliedstaaten ausschließlich bei bei der **Durchführung** des Rechts der Union.“



„Verbindliche“ Erläuterungen dazu: „... dass die Verpflichtung zur Einhaltung der im Rahmen der Union definierten Grundrechte für die Mitgliedstaaten nur dann gilt, wenn sie im **Anwendungsbereich** des Unionsrechts handeln ...“



## 2. Anwendungsbereich III

Hintergrund der Festlegung des (und des Streits um den) Anwendungsbereich(s) sind Fragen der Kompetenzverteilung zwischen Union (einschließlich EuGH) und Mitgliedstaaten

Art 51 Abs 2  
GRC

GRC „dehnt den Geltungsbereich des Unionsrechts nicht über die Zuständigkeiten der Union hinaus aus und begründet weder neue Zuständigkeiten noch neue Aufgaben für die Union, noch ändert sie die in den Verträgen festgelegten Zuständigkeiten und Aufgaben.“

Art 6 Abs 1 2.  
UAbs EUV

## 2. Anwendungsbereich IV

EuGH: Die Unionsgrundrechte binden



Die Organe der EU (direkter Vollzug)



Die Mitgliedstaaten

- Bei der **Durchführung des Unionsrechts** („indirekter Vollzug“)

- Unmittelbarer Vollzug: Behördenakten aufgrund von EU-VO

- Mittelbarer Vollzug:

- ↘ Richtlinienumsetzung
    - ↘ Begleitregelungen zu EU-VO

- Im **Anwendungsbereich des Unionsrechts**:

- Innerstaatliche Regelungen, die Grundfreiheiten beschränken

- In jeder „unionsrechtlich geregelten Situation“:  
Diskriminierungsverbot iVm allgemeines Aufenthaltsrecht (Art 18 iVm 21 AEUV)

## 2. Anwendungsbereich V

- Voraussetzung jedenfalls: „Grenzüberschreitendes Element“
  - Diskriminierungsschutz
    - Spezielle Diskriminierungsverbote des Art 21 GRC (u.a. politische oder sonstige Anschauung, Behinderung, Alter)
    - Art 47 GRC (Verfahrensfragen beim Rechtsschutz)
  - Bestandsregelungen als Beschränkung von Grundfreiheiten?
    - Spannungsfeld Niederlassungsfreiheit – Freizügigkeit
    - Große Zurückhaltung des EuGH im Zusammenhang mit Art 30 GRC
    - „Judikaturstreit“ („Kompetenzstreit“) EuGH – BVerfG (BAG)
- ➡ (Mindest-)Harmonisierung durch „europäischen Standard“?
- ➡ Differenzierter Grundrechtsschutz im nicht harmonisierten Bereich (VfSlg 19.865/2014)?

### 3. Schutzbereich und Schranken I

- „Entlassung“ ➡ jede Beendigung
- ArbeitnehmerIn ➡ entspricht österreichischem Verständnis
- „ungerechtfertigte Entlassung“ ➡ Art 24 RESC
  - Triftiger Grund
    - Fähigkeit oder Verhalten des/der AN
    - Erfordernisse des Unternehmens

# 3. Schutzbereich und Schranken II

- „Umfassende gerichtliche Kontrolle“ oder „Sittenwidrigkeits-Kontrolle“?
- Beeinträchtigung wesentlicher Interessen  
(§ 105 Abs 3 Z 2 ArbVG)?
  - zB Berücksichtigung von Einkommen des Ehegatten
- Sperrrecht des Betriebsrats (§ 105 Abs 6 ArbVG)
  - „Kollektivrechtliche Wurzel“ des österreichischen Bestandsschutz und „Individualgrundrecht“?
- Keine Anwendung des allgemeinen Kündigungsschutzes auf:
  - leitende Angestellte
  - Kleinbetriebe
  - Bei Probe-/Wartezeit

### 3. Schutzbereich und Schranken III

Allgemeine Bestimmungen „hinter“ der Klammer

Schrankenklauseel  
des Art 52 Abs 1  
GRC:

- gesetzlich vorgesehen
- legitimes Ziel
- Grundsatz der Verhältnismäßigkeit
- Wesensgehalt

 EMRK - Schrankenstruktur

# 3. Schutzbereich und Schranken IV

## ■ Geltendmachung von Art 30 GRC im arbeitsgerichtlichen Verfahren



### Grundrechtswirkung zwischen Privaten?

- Es geht um das Verhältnis von Grundrecht und Gesetz
  - grundsätzlich unbestrittene Vorrangwirkung von Rechten der GRC
  - unbestritten für Diskriminierungsverbote (EuGH, VfGH zu Art 21 GRC)
  - aber: EuGH 15.1.2014, C-176/12, *AMS* zu Art 27 GRC
  - Vorabentscheidungsverfahren (EuGH)/Parteiantrag auf Normenkontrolle (VfGH)

- ➡ „Entwicklungspotential“ der Grundrechtecharta
- ➡ Leistungsfähigkeit des allgemeinen Gleichheitsgrundsatzes

*aber: weichenstellende Entscheidungen des EuGH (zB Costa/E.N.E.L oder Francovich) gehen auf Fälle zurück, in denen „nationale Richter beherzt die Initiative ergriffen haben, dem EuGH Beurteilungen des Gemeinschaftsrechts vorzuschlagen, die bis dahin undenkbar waren“  
(Waltraud Hakenberg)*





VIENNA UNIVERSITY OF  
ECONOMICS AND BUSINESS

**DEPARTMENT FÜR ÖFFENTLICHES RECHT  
UND STEUERRECHT**

Institut für Österreichisches und Europäisches  
Öffentliches Recht

Welthandelsplatz 1, D 3, 2. OG  
1020 Vienna, Austria

**UNIV.PROF. DR. MICHAEL HOLOUBEK**

T +43-1-313 36-4660

F +43-1-313 36-713

michael.holoubek@wu.ac.at

www.wu.ac.at

**Vielen Dank für  
Ihre  
Aufmerksamkeit!**